

22.10.90

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zum Bericht des Untersuchungsausschusses über Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die mündlichen Anfragen mit Aussprache B3-1327 und B3-1329/90 betreffend die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses und in Kenntnis der Antwort der Kommission,
 - unter Hinweis auf das Ergebnis der Arbeiten des Untersuchungsausschusses "Rassismus und Ausländerfeindlichkeit",
 - gestützt auf die Gemeinsame Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vom 11. Juni 1986,
- A. in Kenntnis der Empfehlungen im Bericht des Untersuchungsausschusses,
- B. in der Erwägung, daß besondere Wachsamkeit erfordert ist, um jegliche Gefahr der Ausbreitung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa abzuwenden,
1. befürwortet angemessene Maßnahmen zur Stärkung der spezifischen Rolle, die die Gemeinschaft in diesem Bereich insbesondere neben den nationalen Instanzen sowie den weltlichen und geistlichen Obrigkeiten spielt;
 2. ist der Auffassung, daß die Lösung auch darin besteht, tiefgreifende Maßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Wohnungswesen, Bildung und Ausbildung sowie zur Schaffung eines harmonischen Zusammenlebens auf der am stärksten dezentralisierten Ebene einzuleiten;
 3. ersucht in diesem Sinne die Kommission, den Rat und die übrigen Gemeinschaftsinstitutionen sowie die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten, hierfür tätig zu werden, und fordert insbesondere seinen Haushaltsausschuß auf, die in den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses vorgesehenen Haushaltslinien so bald wie möglich in den Haushaltsplan einzusetzen;

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 28428 - vom 19. Oktober 1990. Das Europäische Parlament hat die Ent-
schließung in der Sitzung am 10. Oktober 1990 angenommen.

790/90

4. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung der Kommission, dem Rat und den anderen Organen der Europäischen Gemeinschaft sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

Enrico VINCI
Generalsekretär

Wilfried TELKÄMPER
Vizepräsident